



<https://biz.li/2rpb>

# FYNN SODEMANN IST NEUER VORSITZENDER DER JUNGEN LIBERALEN REGION HANNOVER

Veröffentlicht am 30.06.2023 um 11:43 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Am vergangenen Montag, 26. Juni 2023, fand die außerordentliche Mitgliederversammlung der Jungen Liberalen Region Hannover statt. Der bisherige Amtsinhaber Joris Stietenroth (Hannover) stellte das Amt nach seiner Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden zur Verfügung. Stietenroth war seit Dezember 2021 im Amt. Auf ihn folgt Fynn Sodemann (Hannover), der sich gegen Rebecca Radow durchsetzte. Sodemann thematisierte die besondere Relevanz des Kreisverbands Region Hannover in der außerparlamentarischen Opposition, um die Sichtbarkeit der FDP in Niedersachsen hochzuhalten. "Wir haben als Liberale das große Problem, unsere Inhalte und Beschlüsse an die Menschen zu tragen. Ich will es mir zum Ziel machen, dass die Menschen in den Begriffen Aktienrente, Zertifikate-Handel oder punktebasiertes Einwanderungssystem mehr als nur leere Worthülsen, sondern unsere großartigen Ideen für eine generationengerechte Zukunft sehen. Als Hauptstadtverband fällt uns da landesweit eine besonders große und bedeutsame Rolle zu. Die Julis Hannover werden nicht gemütlich, sondern bleiben der konstruktiv-kritische Begleiter der politischen Verantwortungsträger", so Sodemann. Bezugnehmend auf die kürzlich erfolgte Wahl eines AfD-Kandidaten zum Landrat in Thüringen, setzte Sodemann einen Fokus auf die Bedeutsamkeit der demokratischen und rechtsstaatlichen Werte. "Wenn ich mir anschau, wozu es führt, wenn sich keiner mehr sichtbar für individuelle Freiheit vor staatlicher Bevormundung einsetzt, dann wir mir schlecht. Für uns rücken Vertreter einer Partei in den Landtag, die ganz offen das demokratische System anzweifeln, geradezu abschaffen wollen. Gerade erst ist der erste kommunale Hauptverwaltungsbeamte Deutschlands aus der AfD gewählt worden. In den bundesweiten Umfragen sind die Rechtsextremisten bei 20 Prozent angekommen. Für all diejenigen, die zuletzt keine Motivation für politisches Engagement mehr finden konnten, ist jetzt der Punkt gekommen, bei dem es auf jeden Einzelnen ankommt, um unsere freiheitliche demokratische Grundordnung zu verteidigen", schließt Sodemann ab.